

KURZBERICHT

Bessere Berufsbildung für ein besseres Leben

Die gemeinsamen europäischen Prioritäten für die Berufsbildung haben positive Auswirkungen. Jetzt muss ihre Umsetzung auf ein Niveau gebracht werden, das den Menschen und den Unternehmen hilft.

Die Herausforderungen, die sich heute in der Berufsbildung stellen, waren vor gut einem Jahrzehnt, als der Kopenhagen-Prozess für die europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung im Jahr 2002 eingeleitet wurde (Kasten 1), noch nicht abzusehen. Im Brügge-Kommuniqué wurde im Dezember 2010, als die Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich zu spüren waren, die Agenda für die Berufsbildung in Europa festgelegt. Die Berufsbildung mit ihrem Beitrag zur Beschäftigungsfähigkeit wurde als Weg gesehen, um die steigende Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Rund die Hälfte der Stellen in Europa erfordern mittlere Qualifikationen, von denen viele in der beruflichen Bildung erworben werden.

Der neueste Bericht der Cedefop *Stronger VET for better lives* (Bessere Berufsbildung für ein besseres Leben) ⁽¹⁾ zeigt, dass sich der Kopenhagen-Prozess und das Brügge-Kommuniqué in allen Ländern auf die nationalen berufsbildungspolitischen Strategien positiv ausgewirkt haben (Abbildung 1). Die Auswirkungen sind je nach der Ausgangssituation der verschiedenen Länder unterschiedlich und (natürlich) in Ländern, in denen die berufliche Bildung traditionell gefestigter ist, geringer, doch selbst diese erkennen an, dass durch Brügge die Zusammenarbeit angeregt und das Politiklernen gefördert wurde.

Auf die Frage nach den wichtigsten Veränderungen in ihrer nationalen Berufsbildungspolitik seit 2010 betonen 23 Länder, dass System-Verbesserungen, vor allem gesetzliche und politische Änderungen zur Anpassung von vorhandenen oder der Einführung von neuen Programmen, Angeboten und Qualifikationen vorgenommen wurden (Abbildung 2). Weitere Punkte, wie die Verbesserung von Qualität und Attraktivität der Berufsbildung, stehen ebenfalls ganz weit oben auf der Agenda vieler Länder. Viele Länder haben sich einschlägige Prioritäten gesetzt. Einige von ihnen haben das Brügge-Kommuniqué als Menü genutzt und sich die Themen ausgewählt, die für ihr Land am wichtigsten sind.

⁽¹⁾ Cedefop (2015). *Stronger VET for better lives (Bessere Berufsbildung für ein besseres Leben): Cedefop's monitoring report on vocational education and training policies 2010-14 (Monitoringbericht des Cedefop zu berufsbildungspolitischen Strategien 2010-14)*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen. Cedefop – Reihe Reference.

Kasten 1. Der Kopenhagen-Prozess und das Brügge-Kommuniqué

Der 2002 eingeleitete Kopenhagen-Prozess sorgt für die Koordinierung der technischen und politischen Unterstützung in der freiwilligen Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen, Prioritäten und Benchmarks für die berufliche Bildung.

Er bringt die Europäische Kommission und die teilnehmenden Länder (28 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen, Island und die Kandidatenländer) und die europäischen Sozialpartner zusammen.

Durch eine Reihe von Kommuniqués – zuletzt das Brügge-Kommuniqué vom Dezember 2010 – werden die Fortschritte in Bezug auf die vereinbarten Ziele regelmäßig überprüft und die Orientierung des Prozesses neu ausgerichtet. Das Brügge-Kommuniqué entspricht den Zielen des strategischen Rahmens für die Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020):

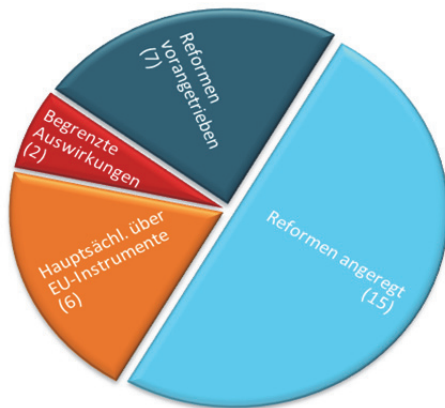
- die Berufsbildung attraktiver machen, ihre Qualität und Effizienz fördern;
- lebenslanges Lernen und Mobilität in der Berufsbildung verwirklichen;
- Kreativität, Innovation und Unternehmergeist in der Berufsbildung fördern;
- die Berufsbildung inklusiver machen.

Um die Verwirklichung dieser umfassenden Ziele zu unterstützen, wurde das Brügge-Kommuniqué durch eine Reihe von kurzfristigen Zielen ergänzt, die die teilnehmenden Länder im Zeitraum 2011 bis 2014 mit ihren Reformen einzulösen versuchten.

Abbildung 3 zeigt das Ausmaß der Reformtätigkeit und die unterschiedliche Ausgangssituation der Länder. Alle Länder sind sehr aktiv mit der Reform ihrer Berufsbildungssysteme beschäftigt. Länder wie Deutschland, Finnland, Luxemburg, die Niederlande, Malta, Österreich und das Vereinigte Königreich hatten bereits eine starke Ausgangsposition im Hinblick auf das Brügge-Kommuniqué, haben aber dennoch seitdem vorhandene Angebote angepasst und neue eingeführt. Andere Länder wie Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Portugal, Polen und Rumänien hatten 2010 einen längeren Weg vor sich, haben aber inzwischen aufgeholt.

Der Bericht ordnet die Länder folgenden Gruppen zu: kontinuierliche Weiterentwicklung, frühe Entwicklung, jüngst in die Umsetzungsphase eingestiegen und verhaltene Entwicklung. Die gesamte Arbeit war auf die Erzielung von Fortschritten in Richtung auf vier strategische Ziele gerichtet, die im Folgenden besprochen werden.

Abbildung 1. **Auswirkungen des Kopenhagen-/Brügge-Prozesses auf die nationalen berufsbildungspolitischen Strategien (Zahl der Länder)**



Quelle: Cedefop.

Die Berufsbildung attraktiver machen und ihre Qualität und Effizienz fördern

Ein vor 2010 vorhandener Trend hat sich verstärkt: die Länder haben größere Anstrengungen unternommen, um die Berufsbildung zu einer attraktiveren Lernoption zu machen. Die wachsende Einsicht, dass Lernen am Arbeitsplatz die Beschäftigungswirksamkeit verbessern kann, hat zu einer Renaissance der Lehrlingsausbildung geführt. Verschiedene Länder, auch solche mit gut eingeführten einschlägigen Ausbildungsgängen, sind dabei, arbeitsplatzbasierte Ausbildung einzuführen oder auszubauen. Beispielsweise bietet das italienische duale System jetzt Ausbildungsgänge, die zu Hochschulabschlüssen, einschließlich Promotionsabschlüssen führen. Im Vereinigten Königreich werden im Dienstleistungssektor, einschließlich in den Bereichen Jura und Wirtschaftsprüfung, zunehmend duale Ausbildungsgänge als Alternative zu einem Hochschulstudium angeboten. Auch im schwedischen schulbasierten Berufsbildungssystem wird jetzt die Lehrlingsausbildung gefördert.

Die Länder bringen die Berufsbildung auf unterschiedliche Weise voran. Bulgarien beispielsweise organisiert zur Bekanntmachung und Förderung von Berufen, die über die Berufsbildung erlernt werden können, eine jährliche „Panorama“-Veranstaltung, bei der die Auszubildenden ihre Fähigkeiten in Wettbewerben demonstrieren und die Unternehmen die erfolgreichsten Teilnehmer einstellen. Estland kombiniert Sensibilisierungsveranstaltungen in Supermärkten mit Bekanntmachungen im Fernsehen, den sozialen Netzwerken und interaktiven Spielen. Seit 2009 gibt es in den Niederlanden einen Online-Suchdienst für Praktika mit Links zu den sozialen Netzwerken und einer App. Rund 72 % der Berufsfachschüler, die einen Beruf im Bereich Handel erlernen, benutzen diese Website, um Praktika zu finden.

Durch die Zunahme des arbeitsplatzbasierten Lernens hat sich die Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus der Berufsbildung und dem Arbeitsmarkt verstärkt. Mehr getan werden könnte jedoch noch zur Sicherung der Qualität des arbeitsplatzbasierten Lernens, zur Förderung berufsbildender Angebote im Bereich der Schulpflicht und zur Verbesserung der Grundkompetenzen.

Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität in der Berufsbildung

Aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen wurde vorrangig die Erwachsenenbildung gefördert, Mobilität dagegen stand weniger im Fokus. Allerdings hat Spanien im Zuge der Einrichtung von Lehrlingsausbildungsgängen bilaterale Vereinbarungen über Auslandspraktika mit Deutschland, Portugal und dem Vereinigten Königreich geschlossen.

Durch die Entwicklung von nationalen Qualifikationsrahmen (NQR), die sich auf den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) beziehen, wurden weitreichende Reformen angestoßen. Was in der Berufsbildung als Prozess zur Unterstützung der Mobilität begann, um das Verständnis und den Vergleich von Qualifikationen aus anderen Ländern zu erleichtern, ist zu einem Katalysator für die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung geworden und hat zur Individualisierung von Bildungs- und Ausbildungswegen quer durch verschiedene Bildungssektoren, einschließlich der Hochschulbildung, beigetragen.

Obwohl sich ihre Einführung und Umsetzung noch in einem frühen Stadium befindet, werden NQR zunehmend als Referenz genutzt, wenn es um die Überprüfung oder die Entwicklung von neuen Qualifikationen und um die Modernisierung von Curricula geht. Durch nationale Qualifikationsrahmen wurde auch die Arbeit an den Systemen zur Validierung der Ergebnisse informellen und nicht formalen Lernens unterstützt. In Frankreich beispielsweise erleichtern validierte Arbeits-erfahrungen seit langem den Zugang zur höheren Berufsbildung. Allerdings verfügen wenige Länder über umfassende Strategien im Bereich der Validierung der Ergebnisse informellen und nicht formalen Lernens, und die Menschen, die am meisten davon profitieren könnten, wissen oft über die entsprechenden Angebote am wenigsten Bescheid.

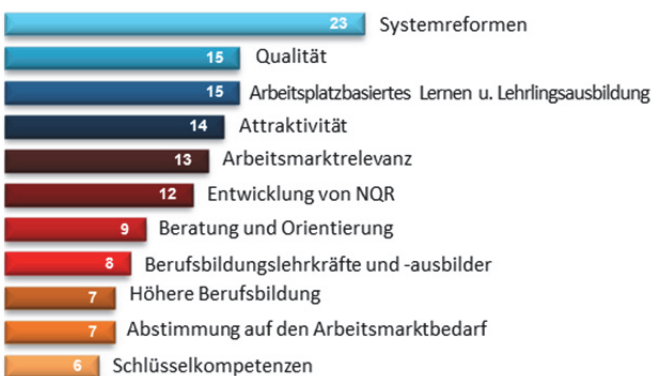
Trends in der Beratung gehen dahin, die Menschen zu ermutigen, eine Berufsausbildung aufzunehmen, und ihnen beim Übergang in die Arbeitswelt zu helfen.

Lettland ist dabei, ein System der lebensbegleitenden Beratung zu entwickeln. Die Slowakei plant ein nationales Forum für beratungspolitische Strategien. Litauen hat neue Standards und Methoden für die Beratung arbeitsloser Erwachsener eingeführt und das Berufsprofil der Berufsberater überarbeitet. Litauen hat einen nationalen Rahmen für Laufbahnplanungskompetenzen.

Obwohl dies nicht als spezifisches Ziel im Brügge-Kommuniqué aufgeführt ist, haben einige Länder daran gearbeitet, das Angebot an beruflicher Weiterentwicklung für Lehrkräfte und Ausbilder in der Berufsbildung zu verbessern. Spanien hat eine verpflichtende formale Ausbildung für berufliche Ausbilder in der Erwachsenenbildung eingeführt.

Malta und die Slowakei haben Weiterbildungsprogramme in Modulform entwickelt, in deren Rahmen Ausbilder in der beruflichen Weiterbildung lernen können, wie sie potenzielle Ausbildungsabbrecher unterstützen können.

Abbildung 2. **Schwerpunkte der Berufsbildungsreformen 2010 bis 2014 (Zahl der Länder)**



Quelle: Cedefop.

Förderung von Kreativität, Innovation und Unternehmergeist in der Berufsbildung

Kreativitäts- und Innovationspartnerschaften entwickeln sich, wenn auch langsam. Rumänien beispielsweise hat eine Plattform, über die Bildungseinrichtungen mit der Arbeitswelt in Kontakt stehen, um durch Wissensaustausch und die Einrichtung von Partnerschaften Innovationen zu fördern. Daraus sind 16 sektorale Innovationscluster unter Beteiligung berufsbildender Schulen hervorgegangen. Frankreich ist ebenfalls dabei, Campusprojekte in Branchen mit Innovations- und Beschäftigungspotenzial einzurichten, in deren Rahmen Berufsbildungs-, Unternehmens- und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten.

Netzwerke und Partnerschaften zwischen Anbietern und Unternehmen zur Sicherstellung von effizienter und qualitätsgesicherter Technologie in der Berufsbildung oder die Bereitstellung entsprechender Anreize sind in vielen Ländern noch nicht sehr verbreitet, einige Länder veranstalten jedoch einschlägige Wettbewerbe, um Innovationen zu fördern. In Ungarn beispielsweise werden erfolgreiche Teilnehmer an nationalen Wettbewerben von Prüfungs-Modulen freigestellt oder die erfolgreiche Wettbewerbsteilnahme wird auf die Hochschulaufnahmeprüfung angerechnet. Die Tschechische Republik veranstaltet einen nationalen Wettbewerb für innovativen Unterricht und Lehrmaterial.

Unternehmergeist wird zu einem grundlegenden Prinzip in der Berufsbildung, Verbindungen zwischen Berufsbildung und Unternehmen werden ausgebaut. Dänemark, Estland, Frankreich, Norwegen, Polen, Rumänien, Spanien und Slowenien haben beispielsweise unternehmerische Kompetenzen als Ausbildungsmodul oder Fach in ihr Ausbildungscurriculum eingeführt, die Unterstützung für künftige Unternehmer könnte allerdings noch verstärkt werden. Dies gilt auch für die Unterstützung von Berufsbildungslehrkräften und -ausbildern beim Erwerb von unternehmerischen Kompetenzen. Einige Länder wie Deutschland, Irland, Norwegen, Portugal Slowenien und die Slowakei haben

Weiterbildungskurse für Lehrkräfte eingeführt, damit sie unternehmerische Kompetenzen durch E-Ausbildungsmodul und Business Games im Unterricht vermitteln können.

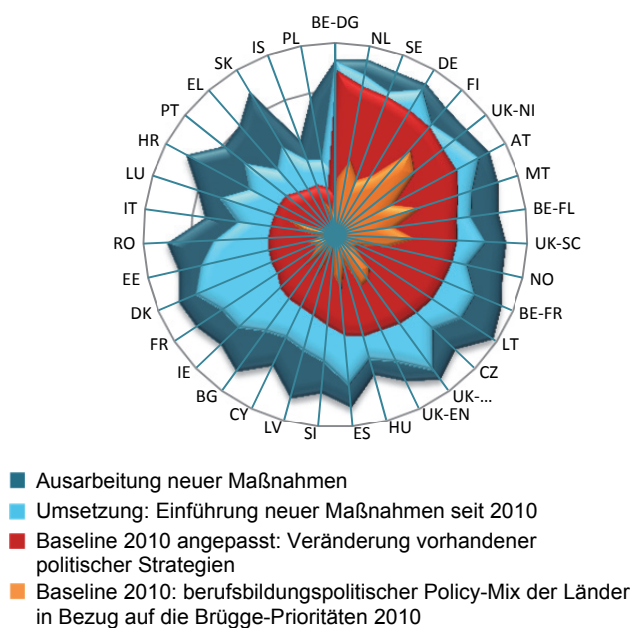
Die Berufsbildung inklusiver machen

Als klare Priorität haben sich die Länder das Ziel gesetzt, die berufliche Erstausbildung und Weiterbildung inklusiver zu gestalten.

Die Maßnahmen für Risikogruppen, wie Geringqualifizierte und frühe Schul- oder Ausbildungsabgänger, wurden nicht nur ausgeweitet, sondern auch umfassender gestaltet. Beispielsweise wurde in Bulgarien eine nationale Strategie und in Belgien (Flämische Gemeinschaft) ein Aktionsplan zur Prävention und Verringerung eines frühen Bildungsausstiegs eingerichtet. Alle Strategien für das lebenslange Lernen in Ländern wie z. B. Estland, Kroatien, Zypern, Litauen und Rumänien umfassen Maßnahmen zur Unterstützung verschiedener Risikogruppen. In Deutschland konzentrieren sich die Initiativen für Geringqualifizierte und Menschen ohne Berufsabschluss auf die Vermittlung von beschäftigungsrelevanten Kompetenzen und Grundfertigkeiten.

Anreize für Lernende, Unternehmen und Berufsbildungseinrichtungen werden zunehmend genutzt, um Risikogruppen zu helfen. Beispielsweise wurden in Island und in den Niederlanden mehr Mittel bereitgestellt, um gefährdete Lernende in der Schule zu halten. Außerdem werden die Anreize mit Ergebnissen verknüpft. Irland zahlt den Anbietern für ihre Weiterbildungskurse für Langzeitarbeitslose die finanzielle Unterstützung etappenweise aus, damit möglichst alle den Kurs abschließen. Im Vereinigten Königreich (England) kann der

Abbildung 3. **Schwerpunkte der Berufsbildungsreformen 2010 bis 2014 (Länder)**



Hinweis: Belgien umfasst die Flämische Gemeinschaft (BE-FL), die Französische Gemeinschaft (BE-FR) und die Deutschsprachige Gemeinschaft (BE-DG). Das Vereinigte Königreich umfasst England (UK-EN), Schottland (UK-SC), Wales (UK-WA) und Nordirland (UK-NI).

Quelle: Cedefop.

Anbieter 10 % der Ausbildungskosten ausgezahlt bekommen, wenn der Teilnehmer nach der Ausbildung eine Arbeit findet.

Die Europäische Union (EU) ist auf dem besten Weg, ihr Ziel einer Senkung der durchschnittlichen Quote der frühen Schulabgänger bis zum Jahr 2020 auf 10 % oder darunter zu erreichen. Es könnte zwar noch mehr in Ausbildungsangebote investiert werden, die den Lernbedarf und die praktischen Bedürfnisse von Geringqualifizierten und anderen Risikogruppen abdecken, doch die Ausbildungsbeteiligung dieser Gruppen entwickelt sich positiv. Die Beteiligung von Erwachsenen am lebenslangen Lernen hat sich allerdings nicht so gut entwickelt wie erhofft. An der Verwirklichung des Ziels der EU einer Teilnahmequote Erwachsener am lebenslangen Lernen von 15 % bis zum Jahr 2020 müssen die meisten Länder noch arbeiten.

Das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zur Unterstützung von Risikogruppen wurde noch nicht voll ausgeschöpft, aber es sind Fortschritte zu verzeichnen. Beispielsweise bekämpft das luxemburgische Programm „Internet für alle“ die digitale Ausgrenzung durch die Erweiterung des Zugangs und das Angebot von Internet-Schulungen. Österreich und die Slowakei konzentrieren sich auf die IKT-Bedürfnisse älterer Lernender, während das Vereinigte Königreich die Produktion und Verwendung von frei zugänglichen Lern- und Lehrmaterialien (*open educational resources*) fördert.

Bei der Beobachtung und Begleitung gefährdeter Gruppen in der Berufsbildung zur besseren Abstimmung des Angebots auf ihre Bedürfnisse wurden nur begrenzte Fortschritte gemacht, doch arbeiten einige Länder daran. In der Tschechischen Republik wird sie z. B. als Input für Fördermaßnahmen in der Berufsbildung genutzt und bildet die Grundlage für die Unterstützung durch Berater, Lehrkräfte und Psychologen. Irland hat ein neues Profiling-Modell eingeführt, um die Aktivierungsmaßnahmen auf die am meisten durch Langzeitarbeitslosigkeit gefährdeten Gruppen auszurichten, indem diese beim Zugang vorrangig behandelt und stärker unterstützt werden.

Die Reform weiterführen im Dienste der Menschen

Die Reform der Berufsbildungssysteme im freiwilligen Rahmen des Kopenhagen-Prozesses und des Brügge-Kommuniqués hat die europäische Berufsbildung vorangebracht. Das wiedererwachte Interesse an der Lehrlingsausbildung und anderen Formen des arbeitsplatzbasierten Lernens ist eindeutig belegt. Nationale Qualifikationsrahmen unterstützen die Systemreformen. Die Systeme zur Validierung nicht formalen und informellen Lernens werden allmählich verbessert. Das Ziel, die Berufsbildung durch verstärktes Augenmerk auf Geringqualifizierte und gefährdete Gruppen inklusiver zu machen, wird stärker betont. Es gibt positive Anzeichen, aber – wie so oft – bleibt noch viel zu tun (Kasten 2).

Die Länder können bei der Reform ihrer Berufsbildungssysteme durch Politikern unterstützt werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit, wie z. B. im Rahmen der Europäischen Ausbildungsallianz oder bei der Nutzung der europäischen

Kasten 2. Herausforderungen für die Zukunft

Die Anpassung an den Arbeitsmarktbedarf und die Vermeidung von Qualifikationsungleichgewichten erfordern flexible Bildungs- und Berufsbildungsangebote, die verschiedene Arten und Stufen des lebenslangen Lernens kombinieren.

Daher stellen sich unter anderem folgende Herausforderungen: Sicherstellung der Finanzierung der beruflichen Bildung; Ausbau des strukturierten Dialogs zwischen Bildungsbehörden und Sozialpartnern; Zusammenarbeit mit dem Primarbereich und Sekundarbereich I, um sicherzustellen, dass die erworbenen Grundkompetenzen als Brücke zur Berufsbildung dienen können; Förderung der Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen und Unternehmen; bessere Nutzung der Daten zu Übergängen und Arbeitsergebnissen als Informationsgrundlage für das Berufsbildungsangebot; Verbindung der EU-Instrumente, um das Vorankommen der Menschen in Bildung und Beschäftigung zu unterstützen; Bereitstellung von mehr Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung für Lehrkräfte und Ausbilder in der Berufsbildung; und stärkere Wertschätzung des Potenzials der Berufsbildung auf allen Stufen, um Innovation, Unternehmergeist und wirtschaftliche Exzellenz zu erreichen.

Instrumente, kann dabei helfen. Die Berufsbildung kann jedoch nicht isoliert gesehen werden: sie ist Teil der Lernsysteme der Länder und ihres ökonomischen und sozialen Gefüges. Es muss sichergestellt werden, dass die Berufsbildung die Menschen in ihrem Leben voranbringt, sie befähigt, aussichtsreiche berufliche

Laufbahnen einzuschlagen, und dabei eine angemessene Lebensqualität sichert; für die Unternehmen ist es wichtig, dass die Berufsbildung die Kompetenzen vermittelt, die für wirtschaftliche Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit gebraucht werden. Aus den bisherigen Reformen kann nur dann Nutzen gezogen werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen darüber informiert sind. Dies erfordert bessere Strategien, um den Nutzen der Berufsbildung für Menschen und Unternehmen zu kommunizieren.



Kurzbericht – 9096 DE

Kat.-Nr.: TI-BB-15-002-DE-N

ISBN 978-92-896-1726-0, doi: 10.2801/40763

Copyright © Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop), 2015

Alle Rechte vorbehalten.

Die Kurzberichte erscheinen auf Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch und Spanisch sowie in der Sprache des Landes, das den Ratsvorsitz innehat. Wenn Sie sie regelmäßig erhalten möchten, schicken Sie uns eine Mail unter: briefingnotes@cedefop.europa.eu

Weitere Kurzberichte und Cedefop-Publikationen sind abrufbar unter: <http://www.cedefop.europa.eu/EN/publications.aspx>

Postfach 22427, 55102 Thessaloniki, Griechenland
Europe 123, 57001 Thessaloniki, Griechenland
Tel. +30 2310490111, Fax +30 2310490020
E-Mail: info@cedefop.europa.eu

visit our portal www.cedefop.europa.eu